



RUSSISCHE ZENTRALASIENPOLITIK SOZIALES PROTESTPOTENZIAL

VON DEN HERAUSGEBERN	
Osterpause	2
ANALYSE	
Neue Herausforderungen für die russische Zentralasienpolitik. Anne Kreikemeyer und Elena Kropatcheva, Hamburg	2
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Russland und die Staaten Zentralasiens: Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2004	5
Die Staaten Zentralasien in internationalen Indices	8
Zentralasien im UNDP: Human Development Report 2005	11
DOKUMENTATION	
Erklärung zur Blockierung der Konten der Stiftung „Offenes Russland“	13
UMFRAGE	
Protest und Protestpotential in Russland	14
CHRONIK	
Vom 16. bis zum 23. März 2006	17
LESEHINWEIS	
Osteuropa 1–2/2006	18

Von den Herausgebern

Osterpause

Die „Russlandanalysen“ machen über Ostern eine dreiwöchige Pause. Die nächste Ausgabe – Russlandanalysen 96 – erscheint am 14. April 2006. Für die Nummern nach Ostern planen wir Beiträge zur russischen Politik gegenüber Belarus, zum Antiterrorgesetz, zu Gazprom und zur Landwirtschaftspolitik. Jetzt wünschen wir unseren Lesern aber zunächst ein frohes Osterfest und eine erholsame Zeit.

Die Russlandanalysen-Redaktion
Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Neue Herausforderungen für die russische Zentralasienpolitik

Anna Kreikemeyer und Elena Kropatcheva, IFSH Hamburg

Zusammenfassung

Russlands Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten waren lange Zeit von Kontinuität geprägt. Im Vordergrund standen traditionell sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Seit 2001 werden diese Beziehungen durch das verstärkte Engagement der USA im Kampf gegen den Terrorismus einerseits und durch potentielle „bunte Revolutionen“ im Zusammenhang mit Wahlen andererseits vor neue Herausforderungen gestellt. Die russische Führung reagiert restaurativ, indem sie gegenüber den USA einen Kurs der kompetitiven Koexistenz verfolgt und autoritär-repressive Politiken zentralasiatischer Präsidenten deckt.

Russland in Zentralasien

Anders als in Russlands Beziehungen zu manchen postsowjetischen Staaten gab es im Verhältnis zu den zentralasiatischen Staaten bisher keine großen Erschütterungen. Moskau ist in der Region traditionell stark präsent und verfolgt dort vor allem sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Seit 2002 sieht es sich freilich einer aktiveren US-Politik gegenüber. Washington begann nach dem 11. September 2001 sein militärisches Engagement in Zentralasien im Rahmen der Terrorismusbekämpfung zu intensivieren und Militärstützpunkte in zwei zentralasiatischen Staaten (Kirgisistan und Usbekistan) zu errichten. Schon länger unterstützen die USA auf vielfältige Weise Demokratisierungsprozesse im postsowjetischen Raum. Zwischen den „bunten Revolutionen“ in Georgien und in der Ukraine bzw. dem Machtwechsel in Kirgisistan lassen sich zwar keine einfachen Kausalbeziehungen herstellen, gewisse Wechselwirkungen sind aber unbestreitbar. Die russische Führung unter Präsident Vladimir Putin versucht, mit dieser Machtausweitung der USA in Zentralasien politisch umzugehen und zugleich die eigenen Interessen abzusichern.

In seiner Zentralasienpolitik strebt Putin zu diesem Zweck auch nach einer, zumindest symbolischen Annäherung an China.

Die aktuellen Rivalitäten zwischen den Hegemonialmächten sind zwar weit entfernt von neuen „great games“ oder gar von Kalten Kriegen, dennoch haben sie sich in den letzten Jahren verschärft. Dies umso mehr, als sich im Verhältnis der postsowjetischen Staaten zu Moskau zentrifugale Tendenzen intensiviert haben. Ein Teil der politischen Eliten in Georgien, Moldau, und in der Ukraine strebt eine EU- und NATO-Mitgliedschaft anstelle einer Integrationsperspektive im Rahmen der GUS an. Szenarien für „bunte Revolutionen“ wurden bereits im Zusammenhang mit den Wahlen in Aserbaidschan, Kasachstan und Belarus konstruiert. Russland hat seit der Auflösung des Warschauer Paktes mit zentrifugalen Tendenzen in seinem Verhältnis zu den ehemaligen Verbündeten zu kämpfen. Umso mehr ist es bemüht, verbliebene Alliierte zu halten. Dabei arbeitet es in bester sowjetischer Tradition mit bewährten Machtinstrumenten doppelgleisig auf bi- und multi-lateraler Ebene. Moskau folgt dabei keinem geschlos-

senen Konzept, sondern geht eher pragmatisch vor. Vor diesem Hintergrund betrachten wir im Folgenden die russische Zentralasienpolitik genauer.

Kompetitive Koexistenz zwischen Russland und den USA im sicherheitspolitischen Bereich

Sicherheitsfragen im Verhältnis zu Zentralasien interessieren Moskau nicht erst seit dem gesteigerten US-Engagement in der Region. Wie die Russische Föderation sind die zentralasiatischen Staaten Mehr- und Vielvölkerstaaten. Im Fall von inter-ethnischen oder Grenzkonflikten könnte es zu grenzüberschreitenden Spill-over-Effekten kommen. Die ökonomischen Krisen in Kirgisistan und Tadschikistan, aber auch die politische Instabilität in Afghanistan ziehen für Russland transnationale Gefährdungen wie unregelmäßige Migration, Menschen- und Drogenhandel nach sich. Mit den zentralasiatischen Staaten teilt Moskau das Bestreben, „islamistischen Extremismus“ zu verhindern. Entsprechende Feindbildkonstruktionen beobachten wir sowohl in Tschetschenien, im Nordkaukasus, im Ferganatal oder in Almaty. Wie für viele Staaten, die sich die Terrorismusbekämpfung auf die Fahnen geschrieben haben, scheint es für die russische wie auch für die zentralasiatischen Führungen nahe liegend, terroristische Bedrohungen für einen autoritären innenpolitischen Kurs zu instrumentalisieren. Das Ziel der Terrorismusbekämpfung legitimiert immer auch eine Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit. Im Laufe der letzten Jahre hat Moskau mit allen zentralasiatischen Staaten strategische Partnerschaftsverträge abgeschlossen, in Kirgisistan und Tadschikistan besitzt es Militärstützpunkte.

Die gewachsenen sicherheitspolitischen Ambitionen der USA in Zentralasien führen zu einem Wettbewerb mit Russland, aber in einem neuen koexistenziellen Rahmen. Auch die zentralasiatischen Staaten sehen sich neuen Anforderungen gegenüber. Der damals gegenüber Moskau eher distanziertere usbekische Präsident Islam Karimov hatte dem US-amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Ende 2001 rasch Stationierungsrechte auf dem Militärstützpunkt Karschi-Kanabad angeboten. Nachdem das US State Department das Massaker der usbekischen Führung in Andischan im Mai 2005 unmissverständlich kritisiert hatte, forderte Usbekistan die Vereinigten Staaten ultimativ auf, den Stützpunkt zu verlassen. Taschkent wechselte wieder die Seiten. Schon 2004 hatte es einen Ausbau seiner Luftverteidigung, einer Modernisierung seiner Ausrüstung sowie militärischer Ausbildung durch russisches Militär zugestimmt. Im September

2005 fand erstmals seit 1991 ein usbekisch-russisches Manöver mit dem Ziel der Niederschlagung einer terroristischen Vereinigung statt. Eine wechselseitige Errichtung von Militärstützpunkten wurde in Aussicht genommen. Anders Kirgisistan, das sich in den letzten Jahren zu einem Balancekünstler im Umgang mit ausländischen Militärstützpunkten entwickelt hat. Im Rahmen des Vertrages über Kollektive Sicherheit (eng. CSTO) stimmte es zusätzlich zum russischen Luftwaffenstützpunkt in Kant nahe Bischkek einem zweiten Militärstützpunkt zu. Gleichzeitig entschied sich die kirgisische Führung für eine Verlängerung des bilateralen Stationierungsabkommens mit den USA für den Stützpunkt Ganci nahe dem internationalen Flughafen Manas. Tadschikistan hat traditionell stabile Militärbeziehungen zu Russland. Seit dem Zerfall der UdSSR ist die 201. mot. Schützendivision im Land stationiert. 2005 erhielt sie einen Rechtsstatus als russischer Militärstützpunkt. Das hält aber auch die tadschikische Führung nicht davon ab, mit US-Ministern über Landrechte für US-Militärflugzeuge zu verhandeln. Schließlich bleibt in der russischen Hauptstadt nicht unbemerkt, dass Kasachstan sich nicht an der gemeinsamen GUS Luftverteidigung beteiligt und nicht für russische Pläne für gemeinsame Seestreitkräfte der Kaspian-Anrainerstaaten zu gewinnen ist, sondern vielmehr mit den NATO Staaten über Marinestützpunkte im Kaspischen Meer nachdenkt.

Auf multilateraler Ebene versucht Moskau zu halten, was möglich ist, indem es seine Interessen gemeinsam mit Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, und seit 2006 auch Usbekistan im Rahmen des CSTO vorantreibt. In der russischen Selbstwahrnehmung wird dieser Zusammenschluss als militärisch-politischer Kern der GUS angesehen, der als kollektives Sicherheitssystem für den euroasiatischen Raum weiterentwickelt werden soll. Wie früher die GUS, versucht Moskau nun den CSTO vom westlichen *Counterpart* NATO als gleichberechtigte Sicherheitsorganisation anerkennen zu lassen. Da für alle Mitglieder jedoch nationale Interessen im Vordergrund stehen, bleiben Beschlüsse auf dieser Ebene zumeist nur deklaratorischer Natur.

Ein neuer Akteur auf multilateraler Ebene ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (engl. SCO), die 2001 von Russland, China, Usbekistan, Kirgisistan, Kasachstan und Tadschikistan gegründet wurde. Seit Juli 2005 haben Indien, Pakistan und der Iran Beobachterstatus. Als Regionalorganisation für Sicherheit und Zusammenarbeit strebt die SCO danach, den amerikanischen Einfluss in ihrem Interessensgebiet zu verringern. So forderte der SCO-Gipfel im Sommer 2005 die USA auf, einen Zeitplan

für den Rückzug ihrer Truppen aus Usbekistan und Kirgisistan zu benennen. Ob die SCO freilich zu einer handlungsfähigen Kraft in Zentralasien werden kann, hängt ebenso wie im Fall des CSTO von der Bereitschaft ab, nationale Interessen zugunsten von Kooperationsvorhaben hintanzustellen.

Schwache Integrationsversuche im ökonomischen Bereich

Die Kooperations- und Integrationskraft im ökonomischen Bereich gestaltet sich ähnlich wie auf sicherheitspolitischem Gebiet. Mit ihrem Engagement für die Baku-Ceyhan-Pipeline und das *Caspian Pipeline Consortium* signalisieren die USA ihr gewachsenes Interesse an Energierohstoffen aus den postsowjetischen Staaten und provozieren damit in verschiedener Hinsicht die bis dahin vom Energierohstoffmarkt abgeschirmten Liefer- und Transportbeziehungen Moskaus mit Zentralasien. Die russische Führung und die russischen Energiekonzerne versuchen ihre Interessen auf den Rohstoffmärkten preispolitisch umzusetzen. Aber auch die zentralasiatischen Rohstoffproduzenten lernen, sich auf diesem Parkett zu bewegen. Noch versorgt Turkmenistan entsprechend einem bis 2028 gültigen Vertrag Russland mit Erdgas unter Weltmarktpreisen, noch nutzt Aschgabad das ehemals sowjetische, durch Russland führende Pipelinesystem. In zunehmendem Maße öffnet sich aber auch Präsident Saparmurad Nijasov dem Marktkalkül, wenn die USA, die Ukraine oder Afghanistan und Pakistan mit dem rohstoffreichen Land Geschäfte von strategischer Reichweite machen möchten. Kasachstan öffnet sich im energiepolitischen Bereich schon seit geraumer Zeit in alle Richtungen, zur *China National Petroleum Corporation* ebenso wie zum *Caspian Pipeline Consortium* oder zu neuen Pipelines durch das Kaspische Meer hin zu westlichen Märkten. Nur die politisch oder ökonomisch stark abhängigen Staaten in Zentralasien orientieren sich energiepolitisch weiter vorrangig nach Russland.

Auf multilateraler Ebene beobachten wir auch im wirtschaftlichen Bereich verschiedene russische Anläufe, willige Nachbarstaaten zu binden. Im Jahre 2003 unterzeichneten Kasachstan, Russland, Ukraine und Belarus den Vertrag über den einheitlichen Wirtschaftsraum. Zunächst wurde dieser Zusammenschluss als Basis für ein östliches Pendant zur EU dargestellt. Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, einer Zoll- und Währungsunion sowie die Harmonisierung der Gesetzgebung und der Außen- und Wirtschaftspolitik stoßen bei den Mitgliedern jedoch immer wieder auf Implementierungsprobleme. Seit 2005 wird daher von Russland wie-

der die bereits im Jahre 2000 gegründete Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC) propagiert. Neben den oben genannten Staaten sind hier Kirgisistan, Tadschikistan und seit 2006 auch Usbekistan beteiligt. Ob dieser Zusammenschluss nun die beschriebenen postsowjetischen Kooperationshürden überwinden wird, ist noch ungewiss.

Status quo Politik – wie lange noch?

In Russlands Bemühungen, über die GUS seinen Einfluss gegenüber dem Westen zu bewahren, spielen die zentralasiatischen Staaten eine wichtige Rolle. Die russische und die derzeitigen zentralasiatischen Führungen können in ihren Beziehungen auf langjährige gemeinsame Erfahrungen zurückblicken. Alle Beteiligten kennen die zumeist informellen Spielregeln des Umgangs. Die Führungen brauchen einander daher nicht zu fürchten. Um die Stabilität in diesen Beziehungen aufrecht zu erhalten, stützt Präsident Putin die mehr oder minder autoritären Amtskollegen, nicht zuletzt weil er auch für Russland den Virus der „bunten Revolutionen“ fürchtet. „Den Status Quo halten“ ist derzeit die Devise.

Aber erste Liberalisierungsbewegungen in den Gesellschaften rütteln an diesem traditionellen Zusammenhalt, ohne in freilich schon ernsthaft erschüttern zu können. So hat der kirgisische Machtwechsel die russische Führung nicht wirklich erschreckt. Schon bald nach dem Rücktritt von Präsident Askar Akaev im Februar 2005 wurde deutlich, dass die neuen kirgisischen Eliten als Repräsentanten eines kleinen, abhängigen Staates auf pragmatische Weise weiter mit dem Hegemon im Norden würden kooperieren müssen. Umgekehrt war die zwanghafte Suche der usbekischen Führung nach internationaler Rückendeckung im Gefolge des Massakers in Andischan für Moskau eine willkommenen Gelegenheit, sein Interesse an einer Stärkung der Bande weiter zu verfolgen. Rasch stand Putin zur Seite und verkündete, Usbekistan sei ein Opfer von Extremismus, jegliche Forderungen nach einer internationalen Untersuchung der Vorkommnisse in Andischan stellten eine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten dar.

Wie lange Moskau solchermaßen noch auf alte Verbindungen und bewährte Instrumente zurückgreifen kann, ist schwer abzusehen und hängt in hohem Maße von den innenpolitischen Entwicklungen in den zentralasiatischen Staaten ab. Die Spätfolgen des mit dem Zerfall des Sowjetsystems einsetzenden politischen Wandels und entsprechende internationale Machtverschiebungen sind nun auch in dieser Region spürbar. Marktwirtschaftliche Reformen

und Liberalisierungstrends haben die Gesellschaften erreicht und vermischen sich gegenwärtig in eigen- tümlicher Weise mit weiter wirksamen, traditionellen, nicht demokratischen Herrschaftsstrukturen. Der russisch-amerikanische Antagonismus lebt fort, wenn

auch in einer gezähmten, kompetitiven Variante. Eine Neuorientierung der externen Mächte hin zu kooperativer Steuerung könnte den friedlichen sozialen Wandel in Zentralasien fördern.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorinnen

Dr. Anna Kreikemeyer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für OSZE-Forschung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (www.core-hamburg.de)

Elena Kropatcheva, M.P.S. ist Doktorandin am Zentrum für OSZE-Forschung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (www.core-hamburg.de)

Lesetipps

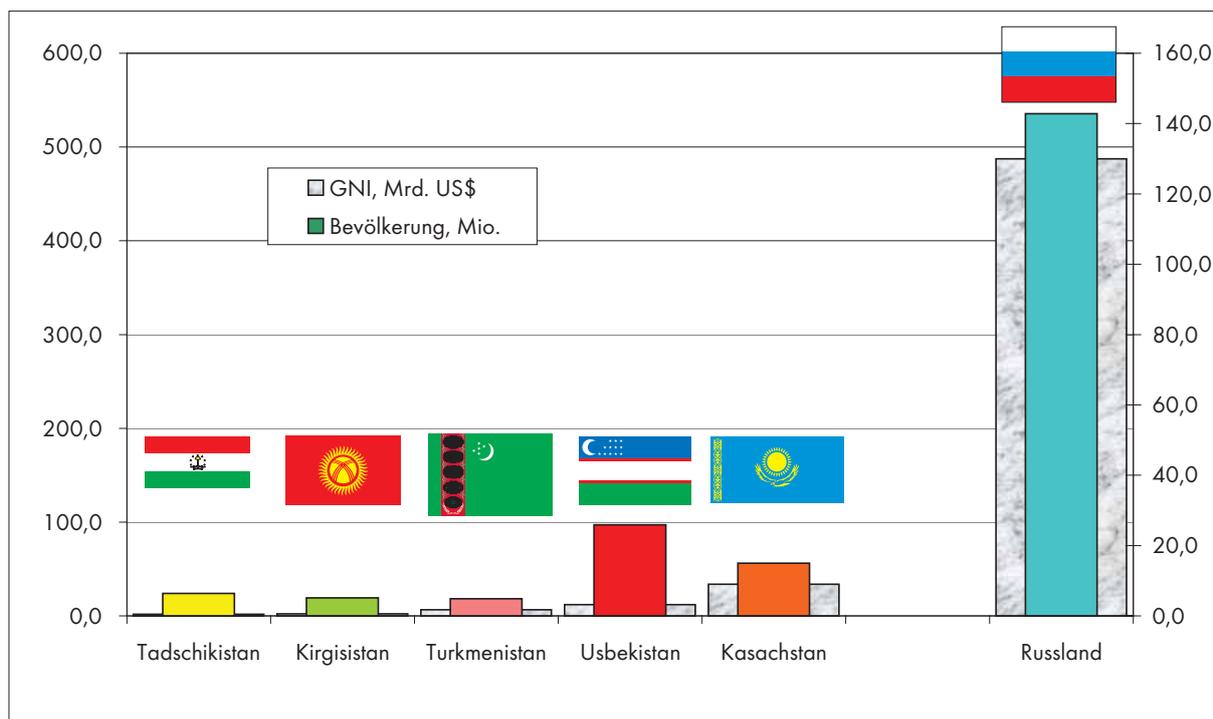
- Lena Jonson, Russia and Central Asia, in Roy Allison/Lena Jonson (eds.), Central Asian Security. The New International Context, Brookings Institution Press, Washington, D.C., 2001, S. 95–126.
- Anna Kreikemeyer, Instability in the Fergana Valley: International Reactions, in: Andrea Berg/Anna Kreikemeyer (eds.), Realities of Transformation. Democratization Policies in Central Asia Revisited, Nomos Publishers, Baden Baden 2006, S. 227–246.
- Alexander Warkotsch, Russlands Rolle in Zentralasien, in Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4 vom 23. Januar 2006, S. 19–25.

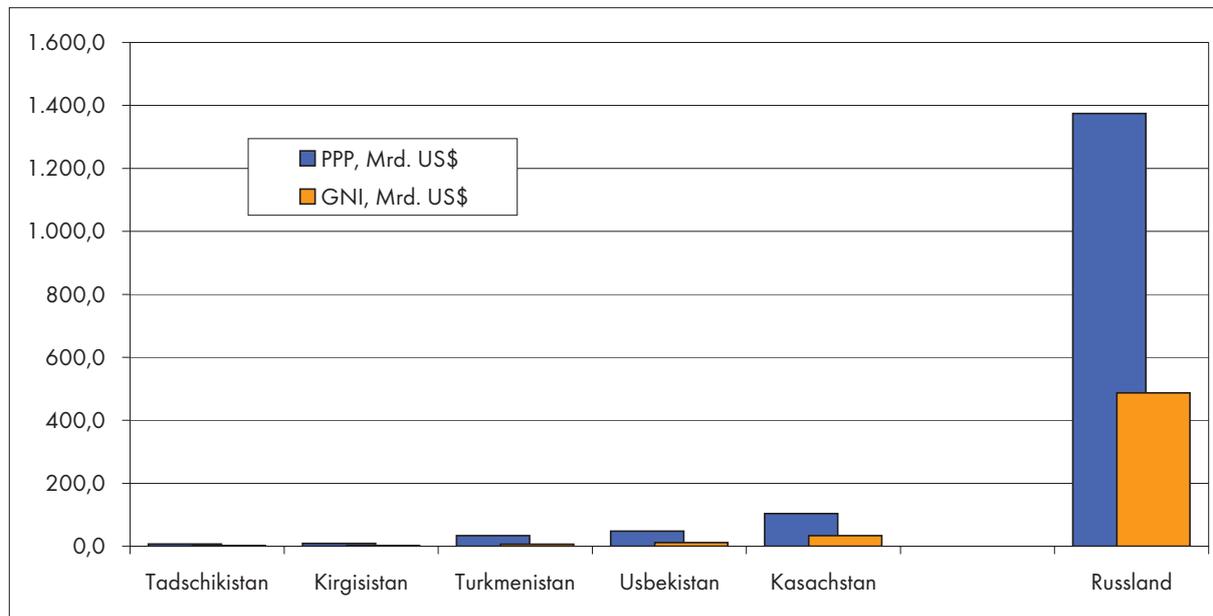
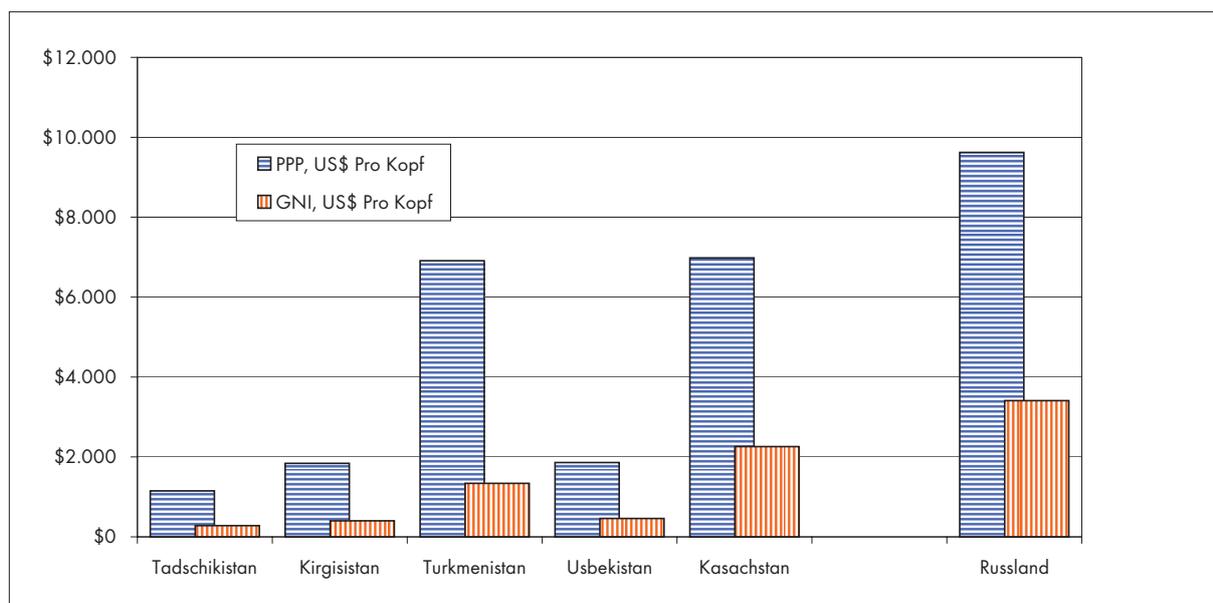
Tabellen und Grafiken zum Text

**Russland und die Staaten Zentralasiens:
Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2004**

Quelle: World Bank: 2006 World Development Report. Equity and Development, Washington DC 2005, 292f.

Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung



Wirtschaftsleistung: Kaufkraftparität (PPP) und Bruttonationaleinkommen (GNI)

Wirtschaftsleistung pro Kopf: Kaufkraftparität (PPP) und Bruttonationaleinkommen (GNI)


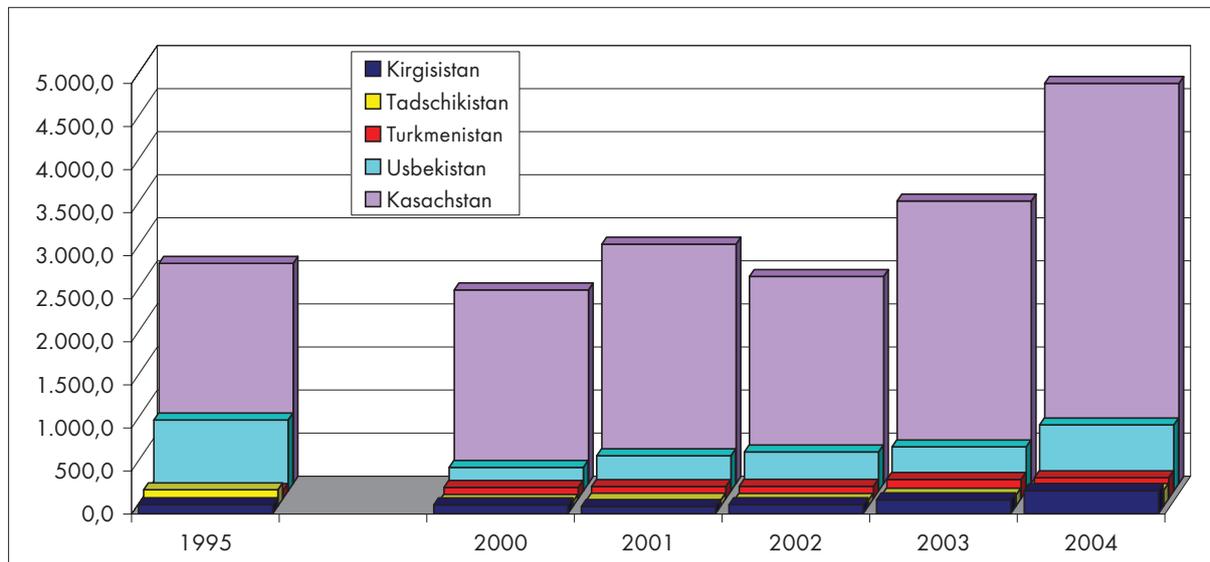
	Bevölkerung, Mio.	Fläche, km ²	GNI, Mrd. US\$	GNI, US\$ Pro Kopf	PPP, Mrd. US\$	PPP, US\$ Pro Kopf
Tadschikistan	6,4	143.100	1,8	\$280	7,0	\$1.150
Kirgisistan	5,1	198.500	2,1	\$400	9,0	\$1.840
Turkmenistan	4,9	488.100	6,6	\$1.340	34,0	\$6.910
Usbekistan	25,9	447.400	11,9	\$460	48,0	\$1.860
Kasachstan	15,0	2.717.300	33,8	\$2.260	104,0	\$6.980

Zum Vergleich:

Russland	142,8	17.075.200	487,3	\$3.410	1.374,0	\$9.620
Deutschland	82,6	357.021	2.489,0	\$30.120	2.310,0	\$27.950

Der Außenhandel Russlands mit den zentralasiatischen Staaten

Quelle: <http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-06.htm>
<http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/lswPrx.dll/Stg/25-05.htm>



	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Export						
Kasachstan	2.555,0	2.247,0	2.778,0	2.403,0	3.279,0	4.645,0
Kirgisistan	105,0	103,0	83,3	104,0	161,0	266,0
Tadschikistan	190,0	55,9	69,4	67,9	128,0	183,0
Turkmenistan	93,1	130,0	140,0	143,0	222,0	242,0
Usbekistan	824,0	274,0	409,0	453,0	512,0	767,0
Zum Vergleich						
Deutschland	6.208,0	9.232,0	9.194,0	8.060,0	10.419,0	13.300,0
Polen	1.688,0	4.452,0	4.200,0	3.720,0	4.619,0	5.699,0
Import						
Kasachstan	2.675,0	2.200,0	2.018,0	1.946,0	2.475,0	3.479,0
Kirgisistan	101,0	88,6	61,9	74,2	104,0	150,0
Tadschikistan	167,0	237,0	130,0	66,0	69,9	75,9
Turkmenistan	179,0	473,0	39,1	32,1	28,4	43,2
Usbekistan	889,0	663,0	584,0	344,0	484,0	612,0
Zum Vergleich						
Deutschland	6.483,0	3.898,0	5.808,0	6.598,0	8.102,0	10.575,0
Polen	1.321,0	716,0	962,0	1.300,0	1.713,0	2.310,0

Faktische Preise, Mio. US\$

Die Staaten Zentralasien in internationalen Indices

Die Länder Zentralasiens im Bertelsmann Transformationsindex 2006

	DEMOCRACY						MARKET ECONOMY							
	1. Stateness	2. Political Participation	3. Rule of Law	4. Stability of dem. Institutions	5. Political & Social Integration	RESULT	6. Socioeconomic Development	7. Market and Competition	8. Currency and Prices	9. Private Property	10. Welfare Regime	11. Performance	12. Sustainability	Result
Kasachstan	8,5	2,8	4,0	2,0	3,7	4,18	6,0	6,5	9,0	7,0	5,0	9,0	5,0	6,79
Kirgisistan	7,3	3,8	3,8	2,0	3,7	4,08	4,0	5,0	8,5	6,5	5,0	5,0	4,0	5,43
Tadschikistan	5,8	2,8	3,5	3,0	3,0	3,60	2,0	3,8	5,0	3,5	3,0	4,0	2,5	3,39
Turkmenistan	7,3	1,0	2,0	1,0	1,7	2,58	4,0	1,8	3,5	2,5	4,0	8,0	3,0	3,82
Usbekistan	6,8	1,8	2,5	2,0	2,7	3,13	4,0	3,0	4,5	3,0	4,0	5,0	3,0	3,79
Zum Vergleich:														
Russland	7,5	6,0	4,8	5,5	4,8	5,70	6,0	6,0	9,5	5,5	5,5	9,0	4,5	6,57

	MANAGEMENT							TREND OF DEVELOPMENT		
	13. Level of Difficulty	14. Steering Capability	15. Resource Efficiency	16. Consensus-Building	17. International Cooperation	Unweighted Result	RESULT	18. Democratic Development	19. Economic Development Overall	20. Trend Overall
Kasachstan	4,5	4,3	4,3	4,5	5,7	4,7	4,13	-0,5	1,0	0,3
Kirgisistan	5,6	4,3	3,3	4,2	6,7	4,6	4,17	-0,5	0,7	0,1
Tadschikistan	7,4	4,0	3,3	4,3	7,3	4,8	4,48	0,5	1,3	0,9
Turkmenistan	5,4	2,0	2,0	1,2	3,0	2,0	1,83	0,0	0,7	0,3
Usbekistan	6,1	2,0	2,3	1,8	3,3	2,4	2,17	-1,0	-1,3	-1,2
Zum Vergleich:										
Russland	4,1	4,7	4,0	4,3	4,7	4,4	3,84	-0,5	1,3	0,4

Quelle: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

Freedom in the World Country Ratings

Jahr		Kasachstan	Kirgisistan	Tadschi- kistan	Turkme- nistan	Usbekistan	Russland (zum Ver- gleich)
1972–1990				Keine Wertung			
1991	Politische Rechte	5	5	3	6	6	3
	Bürgerliche Freiheiten	4	4	3	5	5	3
	Status	Teilweise frei	Teilweise frei	Teilweise frei	Teilweise frei	Teilweise frei	Teilweise frei
1992	Politische Rechte	5	4	6	7	6	3
	Bürgerliche Freiheiten	5	2	6	6	6	4
	Status	Teilweise frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1993	Politische Rechte	6	5	7	7	7	3
	Bürgerliche Freiheiten	4	3	7	7	7	4
	Status	Teilweise frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1994	Politische Rechte	6	4	7	7	7	3
	Bürgerliche Freiheiten	5	3	7	7	7	4
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1995	Politische Rechte	6	4	7	7	7	3
	Bürgerliche Freiheiten	5	4	7	7	7	4
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1996	Politische Rechte	6	4	7	7	7	3
	Bürgerliche Freiheiten	5	4	7	7	6	4
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1997	Politische Rechte	6	4	6	7	7	3
	Bürgerliche Freiheiten	5	4	6	7	6	4
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1998	Politische Rechte	6	5	6	7	7	4
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	6	7	6	4
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1999	Politische Rechte	6	5	6	7	7	4
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	6	7	6	5
	Status	Nicht frei	Teilweise frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
2000	Politische Rechte	6	6	6	7	7	5
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	6	7	6	5
	Status	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei

Jahr		Kasachstan	Kirgisistan	Tadschi- kistan	Turkme- nistan	Usbekistan	Russland (zum Ver- gleich)
2001	Politische Rechte	6	6	6	7	7	5
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	6	7	6	5
	Status	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
2002	Politische Rechte	6	6	6	7	7	5
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	5	7	6	5
	Status	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1.1.2003– 3.11.2003	Politische Rechte	6	6	6	7	7	5
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	5	7	6	5
	Status	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Teilweise frei
1.12.2003– 30.11.2004	Politische Rechte	6	6	6	7	7	6
	Bürgerliche Freiheiten	5	5	5	7	6	5
	Status	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei	Nicht frei

Quelle: *Freedom in the World Comparative Rankings: 1973–2005*
<http://65.110.85.181/uploads/FIWrank7305.xls> 22. März 2006

Die Staaten Zentralasiens und Russland im Corruption Perception Index von Transparency International 2005

Rang	Staat	CPI Wert 2005
1	Island	9,7
2	Finnland	9,6
	Neuseeland	9,6
...		
16	Deutschland	8,2
...		
107	Kasachstan	2,6
...		
126	Russland	2,4
...		
130	Kirgisistan	2,3
...		
137	Usbekistan	2,2
...		
144	Tadschikistan	2,1
...		
155	Turkmenistan	1,8

Quelle: <http://ww1.transparency.org/cpi/2005/cpi2005.sources.en.html> 19. Oktober 2005

Zentralasien im UNDP: Human Development Report 2005

Quelle: http://hdr.undp.org/statistics/data/excel/hdr05_indicators.zip



UNDP: Human Development Index (HDI) 2005

HDI Rang	Land	HDI Index 2003 (Wert)	Lebenserwartung bei Geburt (2003)	Alphabetisierung (% der Bevölkerung über 15, 2003)	Lebenserwartungsindex	Bildungsindex
62	Russland	0,795	65,3	99,4	0,67	0,96
80	Kasachstan	0,761	63,2	99,5	0,64	0,94
97	Turkmenistan	0,738	62,4	98,8	0,62	0,91
109	Kirgisistan	0,702	66,8	98,7	0,7	0,93
111	Usbekistan	0,694	66,5	99,3	0,69	0,91
122	Tadschikistan	0,652	63,6	99,5	0,64	0,91

Demographische Entwicklung

HDI Rang	Land	Bevölkerung (Mio.)			Jährliches Bevölkerungswachstum (%)	
		1975	2003	2015	1975–2003	2003–15
62	Russland	134,2	144,6	136,7	0,3%	-0,5 %
80	Kasachstan	14,1	14,9	14,9	0,2%	0,0%
97	Turkmenistan	2,5	4,7	5,5	2,2%	1,3%
109	Kirgisistan	3,3	5,1	5,9	1,6%	1,1%
111	Usbekistan	14	25,8	30,7	2,2%	1,4%
122	Tadschikistan	3,4	6,4	7,6	2,2%	1,5%

HDI Rang	Land	Städtische Bevölkerung (% der Gesamtbevölkerung)			Bevölkerung unter 15 (% der Gesamtbevölkerung)	
		1975	2003	2015	2003	2015
62	Russland	66,4%	73,3%	74,3%	16,2%	16,4%
80	Kasachstan	52,2%	55,9%	58,2%	24,8%	21,3%
97	Turkmenistan	47,6%	45,4%	50,0%	33,5%	27,0%
109	Kirgisistan	37,9%	34,0%	35,4%	32,8%	27,5%
111	Usbekistan	39,1%	36,7%	37,0%	34,8%	28,3%
122	Tadschikistan	35,5%	24,8%	24,4%	40,4%	33,0%

HDI Rang	Land	Bevölkerung 65 und älter (% der Gesamtbevölkerung)		Geburten pro Frau	
		2003	2015	1970–75	2000–05
62	Russland	12,0%	13,0%	2	1
80	Kasachstan	7,0%	8,0%	4	2
97	Turkmenistan	4,0%	4,0%	6	3
109	Kirgisistan	5,0%	6,0%	5	3
111	Usbekistan	4,0%	4,0%	6	3
122	Tadschikistan	3,0%	4,0%	7	4

Verbreitung moderner Kommunikationstechnologien

HDI Rang	Land	Telephonanschlüsse (auf 1.000 Personen)		Mobilphonbenutzer (auf 1.000 Personen)		Internetbenutzer (auf 1.000 Personen)	
		1990	2003	1990	2003	1990	2003
62	Russland	140	253	0	249	0	.
80	Kasachstan	80	141	0	.	0	.
97	Turkmenistan	60	77	0	.	0	.
109	Kirgisistan	72	76	0	27	0	38
111	Usbekistan	69	67	0	13	0	19
122	Tadschikistan	45	37	0	7	0	1

Soziale Ungleichheit

HDI Rang	Land	Untersuchungs-jahr	Anteil an Einkommen oder Konsum			
			Die 10% Ärmsten	Die 20% Ärmsten	Die 20% Reichsten	Die 10% Reichsten
62	Russland	2002	3,3%	8,2%	39,3%	23,8%
80	Kasachstan	2003	3,2%	7,8%	40,0%	24,4%
97	Turkmenistan	1998	2,6%	6,1%	47,5%	31,7%
109	Kirgisistan	2002	3,2%	7,7%	43,0%	27,9%
111	Usbekistan	2000	3,6%	9,2%	36,3%	22,0%
122	Tadschikistan	2003	3,3%	7,9%	40,8%	25,6%

HDI Rang	Land	Messwerte für Ungleichheit		
		Die 10% Reichsten im Verhältnis zu den 10% Ärmsten	Die 20% Reichsten im Verhältnis zu den 20% Ärmsten	Gini index
62	Russland	7,1%	4,8%	31,0
80	Kasachstan	7,5%	5,1%	32,3
97	Turkmenistan	12,3%	7,7%	40,8
109	Kirgisistan	8,6%	5,5%	34,8
111	Usbekistan	6,1%	4,0%	26,8
122	Tadschikistan	7,8%	5,2%	32,6

Dokumentation

Erklärung zur Blockierung der Konten der Stiftung „Offenes Russland“

Mit großer Sorge und alarmiert haben wir erfahren, dass die Konten der gemeinnützigen Organisation „Offenes Russland“ blockiert worden sind und sie ihre Arbeit einstellen musste. Dieses rücksichtslose und empörende Vorgehen der Staatsmacht ist ein neuer Beleg dafür, dass die Angriffe auf die Zivilgesellschaft fortgesetzt werden und dass der Kreml Russland mehr und mehr „abschließt“. „Offenes Russland“ ist eine gemeinnützige Organisation, deren Name für ihre weitgefächerte und breite Arbeit Programm ist.

Wir drücken unsere Solidarität mit den Mitarbeitern von „Offenes Russland“ aus, die, soweit es in ihren Kräften liegt, unser Land zu einer offenen und freien Gesellschaft und seine Bürger zu aufgeklärten und demokratischen Werten verpflichteten Menschen gemacht haben. Das war eine wirkliche und hoch anzurechnende Form des Patriotismus. Es versteht sich, dass ihnen so etwas nicht verziehen werden konnte.

Wir sind „Offenes Russland“ für die großen Anstrengungen dankbar, die es zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und zur Entwicklung sozialer und aufklärerischer Programme unternommen hat.

Dieser Schlag gegen die von Michail Chodorkowskij geschaffene gemeinnützige Organisation ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Staatsmacht alle alternativen Möglichkeiten für russische NGOs blockiert, vom russischen Staat und von westlichen Stiftungen unabhängige Unterstützung zu bekommen. Die einheimischen Großunternehmer sind eingeschüchtert und den ausländischen Stiftungen wurde deutlich zu verstehen gegeben, dass die Unterstützung wirklich arbeitender Menschenrechtsorganisationen als unfreundlicher Akt dem Kreml gegenüber gewertet wird.

Wir hoffen auf die Solidarität der NGOs untereinander und auf gegenseitige Unterstützung.

Ljudmila Alexejewa, Moskauer Helsinki Gruppe

Jelena Bonner, Menschenrechtlerin

Jurij Browtschenko, Stiftung „Glasnost“

Swetlana Gannuschkina, Komitee „Bürgerbeteiligung“

Lew Ponomarjow, Bewegung „Für Menschenrechte“

Arsenij Roginskij, Memorial International

Jurij Samodurov, Andrej-Sacharow-Museum

Ernst Tschornyj, Gesellschaftliches Komitee zum Schutz von Wissenschaftlern

Alexej Jablokow, Zentrum für Ökologische Politik Russlands

Geistlicher Gleb Jakunin, Komitee zum Schutz der Gewissensfreiheit

Wiktor Kurenkow, Menschenrechtszentrum Tula

Jurij Wdowin, Bürgerkontrolle, St. Petersburg

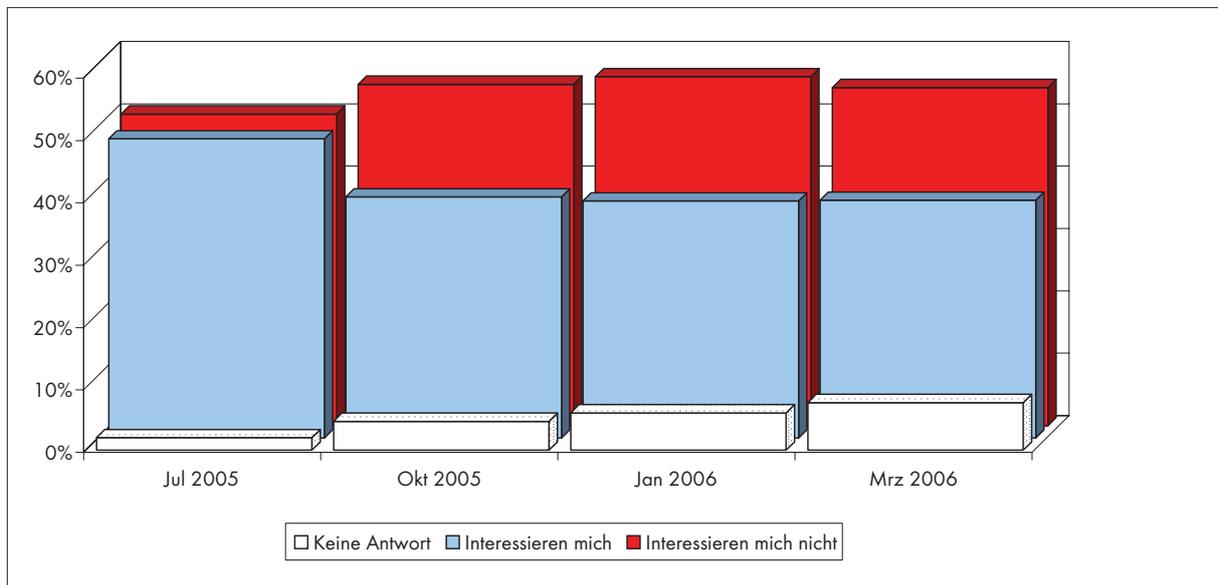
Umfrage

Protest und Protestpotential in Russland

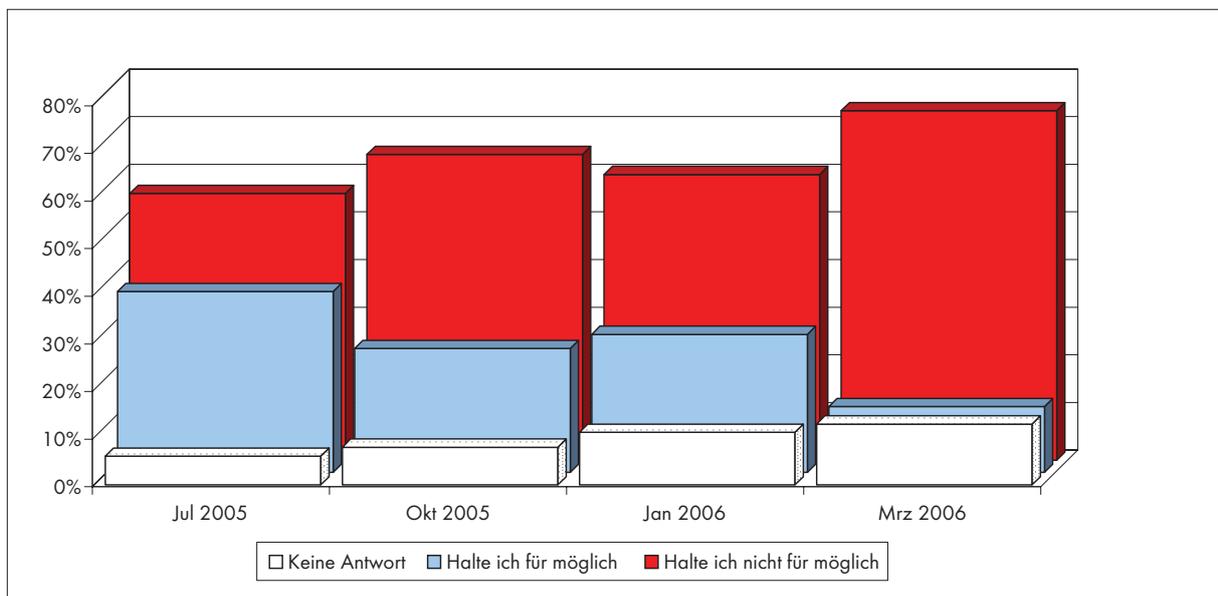
Die „Stiftung öffentliche Meinung“ (FOM) stellt regelmäßig die Frage nach dem Protestverhalten der russischen Bürger. Dies ist spätestens seit Januar 2005, als es überall in Russland zu Demonstrationen gegen die Monetarisierung der Sozialleistungen kam, zum Thema geworden. Seine politische Relevanz wird vor dem Hintergrund der „oran-genen Revolution“ in der Ukraine deutlich: Politiker aller Couleur fragen sich, ob es in Russland ein ähnliches Protestpotential gibt, wie es in der Ukraine sichtbar geworden ist. Die Daten, die „Stiftung öffentliche Meinung“ erhebt, deuten allerdings darauf hin, dass das Protestpotential in Russland schwach ist.

Quellen: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0527/domi0527_3/tb052713; <http://bd.fom.ru/zip/tb0540.zip>
http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0603/domi0603_1/tb060308
<http://bd.fom.ru/zip/tb0610.zip> 9. März 2006

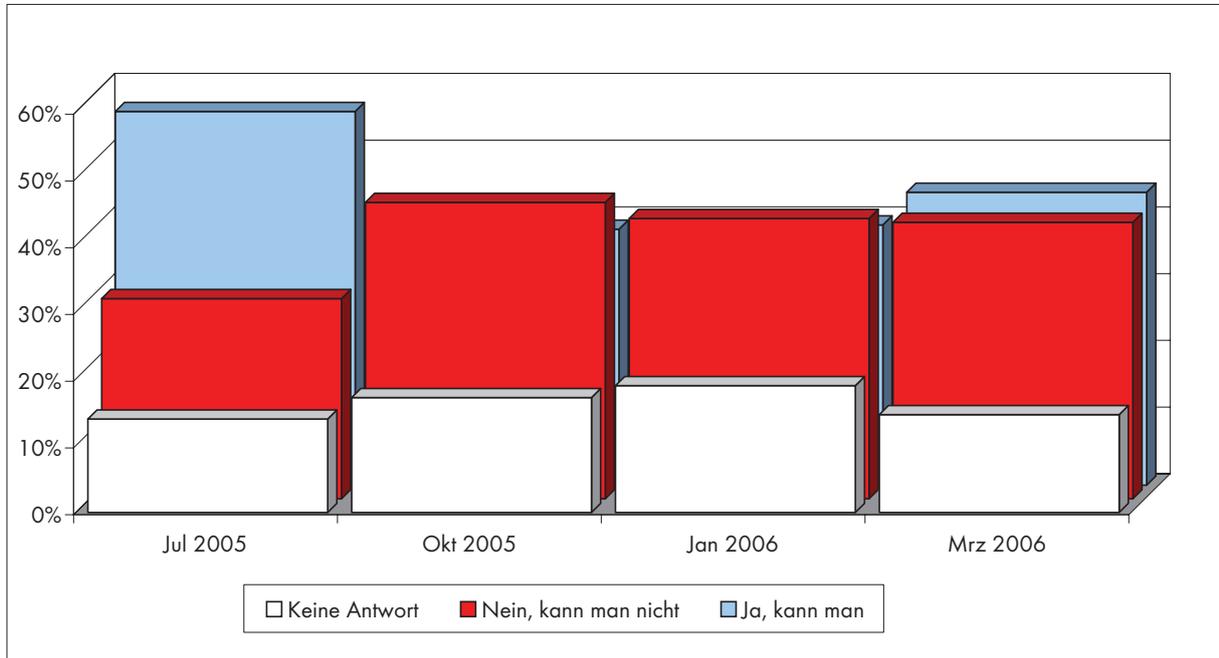
Interessieren Sie Information über Protestaktionen in unserem Land?



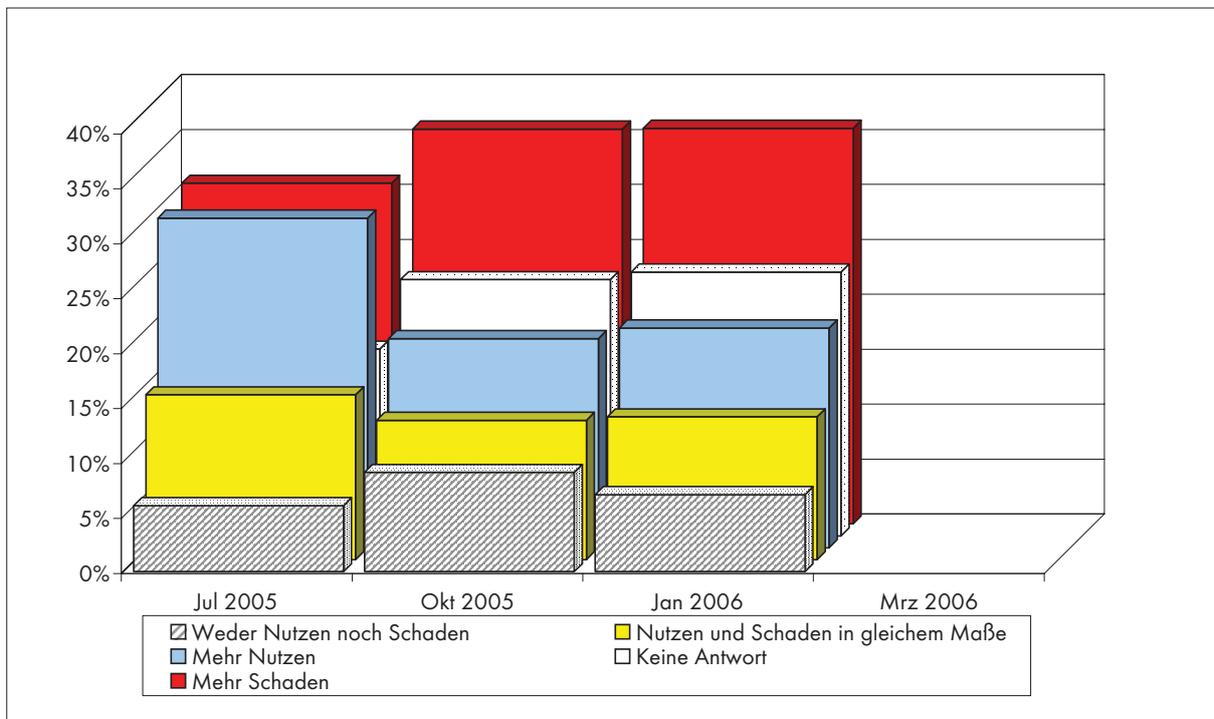
Halten Sie es für denkbar, persönlich an irgendwelchen Protestaktionen teilzunehmen?



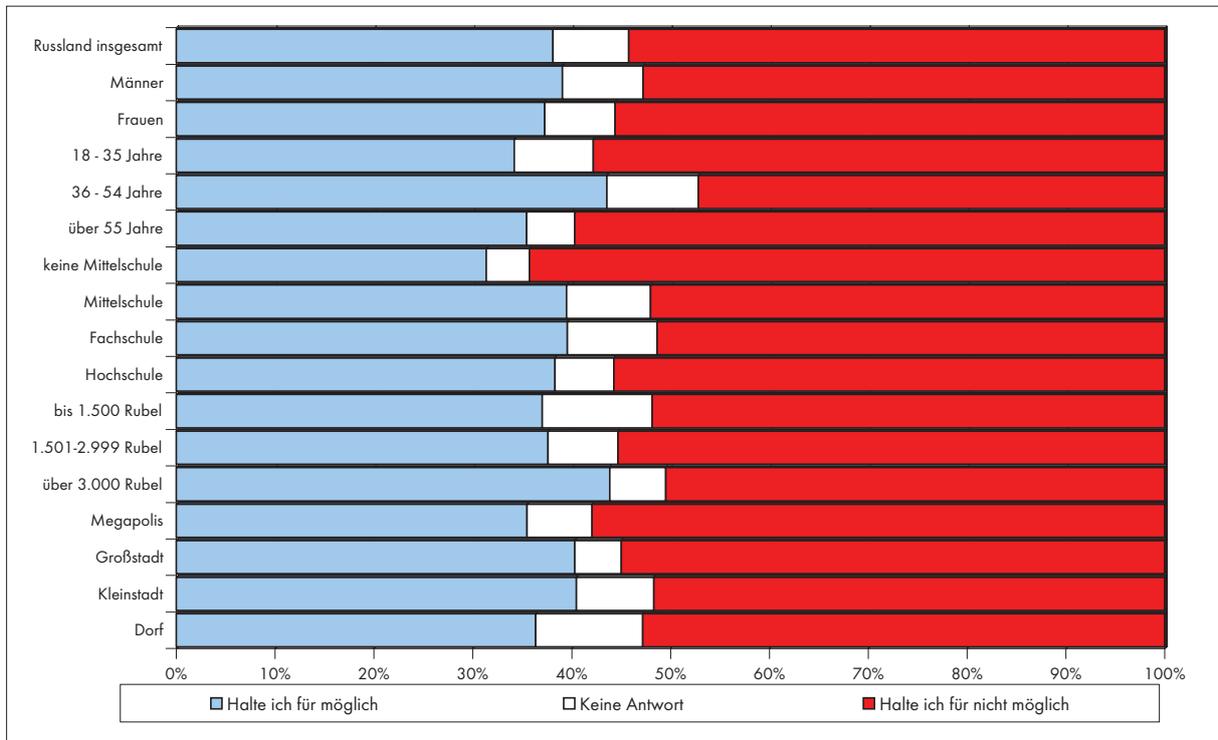
Kann man mit Hilfe von Protestaktionen die Lösung des einen oder anderen Problems erreichen?



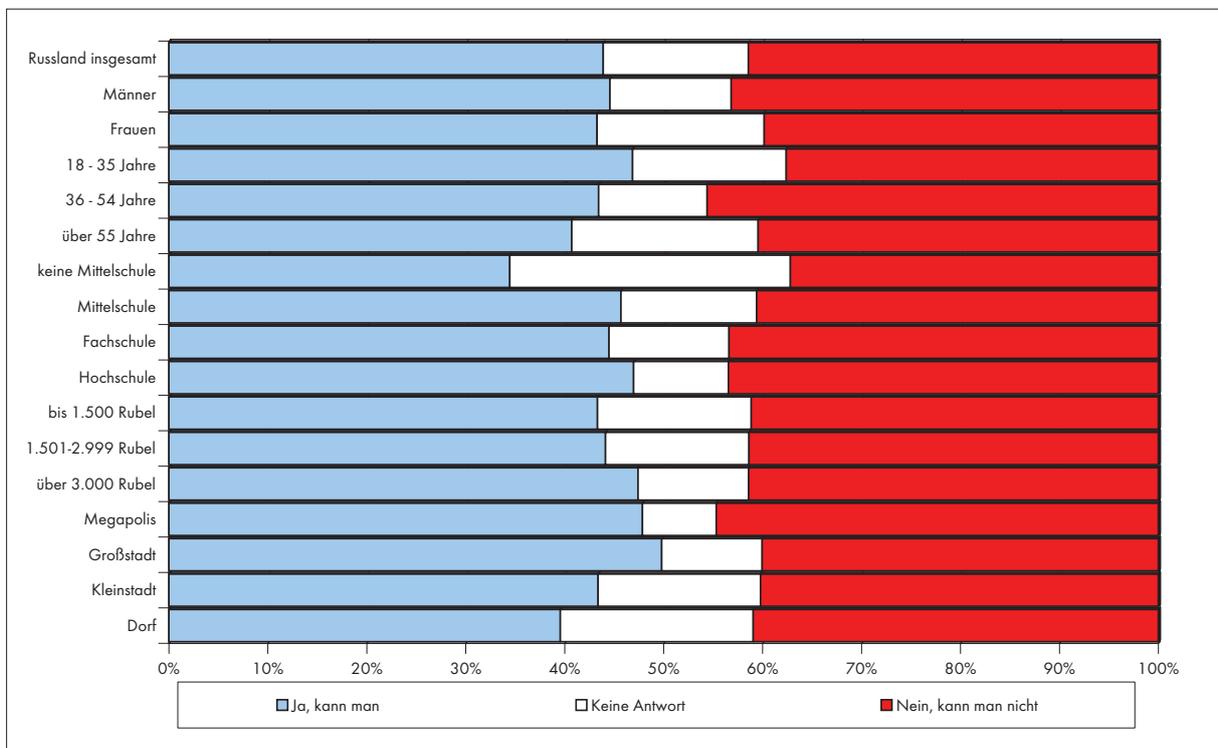
Haben die Protestaktionen in letzter Zeit der Gesellschaft mehr Nutzen oder mehr Schaden gebracht?



Halten Sie es für denkbar, persönlich an irgendwelchen Protestaktionen teilzunehmen?



Kann man mit Hilfe von Protestaktionen die Lösung des einen oder anderen Problems erreichen?



Chronik
Vom 16. bis zum 23. März 2006

16.3.2006	Stanislaw Antipow, der Direktor von Rosenergoatom, dem Konsortium, das Russlands zehn Atomkraftwerke verwaltet, wird abgelöst und durch seinen Stellvertreter Sergej Obosow ersetzt.
17.3.2006	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso besucht Moskau und führt mit Präsident Putin Gespräche u.a. über die Sicherheit der europäischen Energieversorgung. Barroso appelliert vergebens an den russischen Verhandlungspartner, die Energiecharta ratifizieren zu lassen.
17.3.2006	Die Generalstaatsanwaltschaft friert die Konten der Stiftung „Offenes Russland“ ein. „Offenes Russland“, das 2001 von dem Finanzmagnaten Michail Chodorkowskij eingerichtet wurde, der auch Vorsitzender der Stiftung ist, fördert soziale, Bildungs- und Bürgerrechtsprojekte in Russland.
17.3.2006	Justizminister Jurij Tschajka kritisiert in Anwesenheit von Präsident Putin vor einer Versammlung im Justizministerium mit großer Schärfe das russische Gefängniswesen.
18.3.2006	In Irkutsk demonstrieren mehrere 1.000 Personen gegen die Linienführung der Sibirien-Pazifik-Pipeline.
19.3.2006	In Sewerodwinsk wird ein neues Atom-U-Boot auf Kiel gelegt. Admiral Wladimir Masorin, der Oberbefehlshaber der Seekriegsflotte, teilt bei dieser Gelegenheit mit, dass bereits zwei weitere Atom-U-Boote der Borej-Klasse im Bau sind und das erste von ihnen 2008 in Dienst gestellt werde.
19.3.2006	In der Moskauer U-Bahn stürzt zwischen den Metro-Stationen Sokol und Woikowskaja ein Teil der Betondecke auf einen Zug, der in Brand gerät. Alle Passagiere werden in Sicherheit gebracht. Niemand wird verletzt.
20.3.2006	Es wird bekannt, dass William Browder, der Vorstandsvorsitzende von Hermitage Capital Management, Russlands größter ausländischer Portfolioinvestor, seit November 2005 die Einreise nach Russland verweigert wird.
20.3.2006	Präsident Putin löst Andrej Popow als Leiter der Abteilung Innenpolitik in der Präsidentialverwaltung ab und ersetzt ihn durch Oleg Goworun.
20.3.2006	Putin schafft per Dekret eine ständige Militärisch-Industrielle Kommission bei der Regierung der RF, an deren Spitze er Verteidigungsminister Sergej Iwanow stellt. Die Kommission ist u.a. für Rüstungsbeschaffung zuständig und unterliegt nicht der Aufsicht durch den Ministerpräsidenten.
20.3.2006	In dem Ort Korkmaskala (Dagestan) kommt es zu Unruhen, nachdem die Regionalverwaltung Anstalten macht, das Land einer ehemaligen Sowchose, das von den Bauern genutzt wird, an Außenstehende zu verkaufen. Gegen die Demonstranten wird Polizei eingesetzt. Im Laufe der Unruhen werden 17 Personen verletzt und 55 verhaftet.
20.3.2006	Putin beglückwünscht den belorussischen Präsidenten Lukaschenko zu seinem Wahlsieg. Lukaschenko hatte in einem Wahlgang, der von OSZE-Beobachtern als nicht demokratisch eingestuft worden war, 83% der Stimmen erhalten.
20.– 21.3.2006	Staatsbesuch Putins in China zur Eröffnung des „Russischen Jahrs“ in diesem Land. Putin wird von einer 800köpfigen Delegation begleitet, darunter den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew, Außenminister Sergej Lawrow, Industrieminister Wiktor Christenko und Sergej Kirijenko, dem Leiter der Föderalen Agentur für Atomenergie, Rosatom.
20.3.2006	Marina Litwinowitsch, Mitarbeiterin des liberalen Politikers und ehemaligen Schachweltmeisters Garri Kasparow, wird auf dem Weg vom Büro zu ihrem Wagen angegriffen und bewusstlos geschlagen. Die Betroffene geht davon aus, dass der Überfall politische Hintergründe hat.
21.3.2006	Im Rahmen von Putins China-Besuch werden etwa 30 Abkommen unterzeichnet, darunter ein Stromexportvertrag zwischen dem russischen Strommonopolisten EES Rossii und seinem chinesischen Pendant, und ein Abkommen zwischen der russischen Finanzmonitoringagentur und der Bank von China über Informationsaustausch bei Geldwäsche.
21.3.2006	Im Rahmen des Besuchs verabreden Russland und China den Bau einer Pipeline von Sibirien zur Pazifikküste. Transneft und die chinesische CNPC unterzeichnen ein Protokoll, nach dem eine Machbarkeitsstudie erstellt werden soll.
21.3.2006	Wieslaw Jakubowiak, der Direktor des WHO-Tuberkuloseprogramms in Russland teilt mit, dass Russland zu den 22 Ländern mit der höchsten Tbc-Rate in der Welt gehört. Jährlich sterben 26.000 Russen an dieser Krankheit.
22.3.2006	In Chabarowsk wird der nordkoreanische Konsul von zwei Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Die Angreifer entwendeten eine Tasche mit seinem Diplomatenpass, einem Siegel und einer Reihe von Blankovisa.
23.3.2006	Norwegische Fischereibehörden belegen den russischen Trawler „Opona“ mit einer Strafe von 8.000 US\$, da der Kapitän beim Fang vor der norwegischen Küste die Meldevorschriften nicht eingehalten hat.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Osteuropa 1–2/2006

ist erschienen. Es ist dem Thema Kunst im Konflikt. Kriegsfolgen und Kooperationsfelder in Europa gewidmet. Es hat 496 Seiten, 50, zum teil farbige Abbildungen kostet 28,00 Euro und ist zu beziehen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge zu Rußland:

Regine Dehnel

Die Täter, die Opfer und die Kunst

Rückblick auf den nationalsozialistischen Raubzug

Zwischen 1933 und 1945 wurden zunächst in Deutschland, dann in ganz Europa Kunstwerke, Bücher und Archivalien aus privatem wie öffentlichem Besitz abgepreßt, „arisiert“, „sichergestellt“, geraubt. Spezielle Ämter und Organisationen waren damit befaßt. Zu den Opfern der Raubzüge zählten politische Gegner: Gewerkschafter, Sozialisten, Freimaurer, Kirchen. Besonders brutal wurde die jüdische Bevölkerung ausgeraubt. Mit dem Überfall auf Polen und dem Einmarsch in die Sowjetunion begann die Beraubung der als „rassisch minderwertig“ eingestuft osteuropäischen Völker. Die nationalsozialistischen Kulturgutraubzüge sind nicht nur Gegenstand historischer Forschung, sie belasten die europäische Verständigung bis heute.

Gabriele Freitag

Angriff auf Athene

NS-Kulturrraub im Zweiten Weltkrieg

Bei dem nationalsozialistischen Kulturrraub in den von Wehrmacht und deutscher Zivilverwaltung besetzten Gebieten handelte es sich um einen umfassenden Zugriff militärischer und ziviler Dienststellen auf das eroberte Kulturgut. Die NS-Besatzungspolitik unterschied sich in West- und Osteuropa erheblich. Frankreich, Belgien und die Niederlande verzeichneten nach ihrer Befreiung vornehmlich den Verlust privater Kunstsammlungen, häufig aus jüdischem Besitz. In Osteuropa plünderten die unterschiedlichen deutschen Dienststellen wie das Sonderkommando Linz, der Kunstschutz, das Sonderkommando Künsberg, der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg und das „Ahnenerbe“ auch Kirchen, Museen, Kunstgalerien und Bibliotheken und schafften das Raubgut zum Teil nach Deutschland.

Waltraud Bayer

Der legitimierte Raub

Der Umgang mit Kunstschätzen in der Sowjetunion, 1917–1938

Die Oktoberrevolution löste im Kulturbereich die weltweit umfangreichsten Enteignungen aus. Die Verstaatlichungen betrafen primär den Hof, den Adel, das Bürgertum und die Kirche. Armee, Miliz und Museumsexperten beschlagnahmten privaten Besitz: Kunst, Antiquitäten, Juwelen, Interieur. Die Bol'sheviki legitimierten die Requisition, die den Museen und den Staatsfinanzen zugute kam, mit der ökonomischen und kulturellen Relevanz für den Aufbau der neuen Gesellschaft. Das seit Ende der 1980er Jahre zugängliche Archivmaterial dokumentiert, daß die ideologische Komponente, die Abrechnung mit dem „Klassenfeind“, von zentraler Bedeutung war. Die Einnahmen aus dem Export der Kulturgüter waren gering. Heute ist Rußland bemüht, den kulturellen Aderlaß partiell zu kompensieren: Wertvolles nationales Kulturgut wird zurückgekauft.

Freundschaft ja, Dürer nein

Wolfgang Eichwede über die Abgründe des

Beutekunststreits zwischen Rußland und Deutschland

Die *Forschungsstelle Osteuropa* in Bremen hat Grundlagenwerke über den NS-Kunstraub in der UdSSR erarbeitet. Der Leiter des Instituts, Wolfgang Eichwede, bemüht sich seit fünfzehn Jahren um die Rückgabe der Baldin-Sammlung aus Rußland an die Bremer Kunsthalle und war an Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland beteiligt. Aus den gewonnenen Einblicken kritisiert er die Bundesregierung, die in den 1990er Jahren durch mangelnde Flexibilität Chancen verpaßt hat, die Beutekunstfrage zu regeln. Nun läßt die innenpolitische Verhärtung in Rußland eine Lösung kaum mehr zu. Erforderlich sind eine Politik der kleinen Schritte zur Vertrauensbildung, unkonventionelle Ideen und die Lektüre von Lessings *Ringparabel*.

Christian Hufen

Sixtina auf Reisen

Die Rückgabe der Beutekunst an die DDR

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden vermuten noch eine fünfstellige Zahl eigener Werke in Rußland. Sie sind Teil jener Beutekunst, die Trophäenkommissionen 1945 mit in die UdSSR genommen hatten. Unter den Gemälden alter Meister war auch Raffaels weltberühmte *Sixtinische Madonna*. Nur ein Jahrzehnt später gab die UdSSR einen Teil der Beutekunst an die DDR zurück, darunter wiederum die *Sixtina*. Neue Archivreise zeigen, daß die Rückgabe nicht nur ein deutschlandpolitischer Zug Moskaus war, sondern eine Reaktion auf Drängen aus der DDR. Die Initiative zu diesem Coup ergriff ein Berliner Museumsleiter, er versicherte sich politischer Rückendeckung durch DDR-Obere und setzte eine unerwartete Dynamik in Gang. Die Rückgabe könnte für Deutschland und Rußland heute ein Lehrstück sein.

Tim Schröder

Rasender Stillstand

Das Schicksal des Rathenau-Archivs

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges galt das Archiv des ehemaligen deutschen Außenministers Walther Rathenau als verschollen. 1992 wurde es in einem Moskauer Archiv wiederentdeckt. Seitdem bemüht sich die Bundesregierung um seine Rückführung nach Deutschland. Bis heute ist es nicht gelungen, Rußland zu einer Rückgabe des Archivs zu bewegen. Auch die Verhandlungen um eine Rückgabe der sonstigen sogenannten Beutekunst treten seit längerer Zeit auf der Stelle. Zumindest eine der Ursachen für diesen Stillstand ist darin zu suchen, daß sich die deutsche Seite weigert, realpolitisch mit Rußland zu verhandeln, und statt dessen auf Prinzipien beharrt.

Sabine Rudolph

Von Nazis enteignet, bis heute in Rußland

Victor von Klemperers Inkunabelsammlung

Während ihrer Herrschaft entzogen die Nationalsozialisten jüdischen Sammlern zahlreiche Kunstgegenstände. Viele von ihnen wurden zu niedrigen Preisen oder unentgeltlich Museen übertragen, die an ihnen Interesse bekundet hatten. Dazu gehörte auch die Inkunabelsammlung von Victor von Klemperer. Kunstgegenstände, die in eine Sammlung in der späteren sowjetischen Besatzungszone gelangten, wechselten nach Kriegsende noch einmal ihren Besitzer. Als Teil des Museumsbestandes wurden sie von den sowjetischen Trophäenkommissionen beschlagnahmt und in die Sowjetunion abtransportiert. Bis heute befindet sich die von-Klemperer-Sammlung in Rußland – im offenen Widerspruch zur rußländischen Gesetzgebung.

Nout van Woudenberg

Die Koenigs-Sammlung

Bangen und Hoffen in einem

niederländisch-rußländischen Restitutionsfall

Auf der politischen Agenda der niederländisch-rußländischen Beziehungen steht seit langem ein Restitutionsfall: die Koenigs-Sammlung. Über 500 der mehr als 2500 Zeichnungen Alter Meister, die der Bankier Franz Koenigs in den 1920er Jahren erworben hatte, erwarb Hitlers Beauftragter für das Führermuseum, Hans Posse, 1940 in einem illegalen Transfer. Diesen Teil der Sammlung verbrachte 1945 die Rote Armee nahezu komplett aus Dresden in die UdSSR. Während die DDR die 33 auf ihrem Territorium verbliebenen Zeichnungen 1987 an die Niederlande restituierte und die Ukraine die nach Kiev gelangten Stücke 2004 zurückgab, verzögerte Rußland bislang die Restitution. Zwar haben die Niederlande das Völkerrecht auf ihrer Seite, doch Rußland beharrt darauf, nach Maßgabe der eigenen Restitutionsgesetzgebung über den Fall zu entscheiden.

Von Büchern und Menschen

Ekaterina Genieva über Chancen und Grenzen in der Beutekunstdebatte

Die Direktorin der Moskauer *Bibliothek für fremdsprachige Literatur*, Ekaterina Genieva, sieht Chancen, aus dem Schatten des Zweiten Weltkrieges herauszutreten, demonstriert in und mit dem eigenen Haus, was trotz unvollkommener Gesetze machbar ist, erinnert daran, daß Mut und Freiheit zusammengehören, verrät, daß es besser ist, Minister mitunter nicht zu fragen, bemitleidet Tomsker Damen, die bei einer Rückgabe von Büchern ohne gotische Majuskeln leben müßten, erregt sich über dicke Schichten Heuchelei in der Restitutionsdebatte und unterstreicht, daß das A und O im Umgang mit verlagerten Kulturgütern freier Zugang, Nutzung, Information und internationale Kooperation sind.

Serhij Kot

Kiever Knoten

Restitution zwischen der Ukraine, Deutschland, Rußland und Polen

Die Rückführung von Kulturgütern ist für die Ukraine vielschichtiger als für die meisten Staaten Europas. Deutschland fordert von der Ukraine die Rückgabe sowjetischer Beutekunst. Polen möchte kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter restituiert sehen und verlangt zahlreiche Kulturgüter aus jenen ukrainischen Gebieten, die früher zu Polen gehörten. Die Ukraine teilt mit Rußland den Standpunkt, daß Deutschland nicht nur fordern dürfe, sondern für die unermeßlichen Zerstörungen während des Krieges auch Wiedergutmachung zu leisten habe. Gleichzeitig streitet Kiev mit Moskau über die Rückführung von Kulturgütern, die der Ukraine unter deutscher Besatzung geraubt worden waren und an die UdSSR restituiert wurden, aber nach Rußland statt in die Ukraine gelangten.

Svetlana Nekrasova

Kooperation und ihre Grenzen

Restitution zwischen Rußland und der Ukraine

Als Nachfolgestaaten der Sowjetunion müssen Rußland und die Ukraine die Suche nach Kulturgütern und deren Rückgabe koordinieren. Kunstschätze, die von den Nationalsozialisten geraubt worden waren und nach dem Krieg in die UdSSR zurückkehrten, gerieten mitunter in die andere Sowjetrepublik. Der Streit um die Eigentumsrechte dauert bis heute an. Eine Restitution scheidet oft an der Trägheit der beteiligten Apparate und an unzureichendem Informationsaustausch. Dennoch gibt es Fälle, in denen dank der Kooperation nationale Kulturgüter aufgefunden und zurückgegeben werden konnten.

„Unsere Regierungen waren nicht begeistert“

Kathinka Dittrich über die Anfänge des Beutekunstdialogs

Kathinka Dittrich war die erste Leiterin des Goethe-Instituts in Moskau. Mit Ekaterina Genieva startete sie den Dialog zwischen Deutschland und Rußland über den Umgang mit verlagerten Büchern und Kunstwerken. Sie erinnert an heftige Tagungen, kooperative Stimmung und große Hoffnungen, beklagt fehlende Empathie und verpaßte Chancen auf deutscher Seite und plädiert für mehr Pragmatismus.

Avenir Ovsjanov

Transitstation Königsberg

Die Suche nach Kulturgütern in Kaliningrad

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begannen die Deutschen geplünderte Kunstgegenstände aus der UdSSR nach Königsberg zu bringen. Die Spuren der deutschen und sowjetischen Kulturgüter verloren sich in den Wirren des Kriegsendes. Der Verbleib zahlreicher Exponate ist bis heute ungeklärt. Forscher fanden Gemälde, Folianten, Porzellan und Ziergegenstände. Da sie sich jedoch nicht austauschten und die Suche im militärischen Sperrgebiet Kaliningrad besonders schwierig war, liegen keine systematischen Bestandslisten vor. Seit 1991 verzeichnet eine neue Forschungsstelle Erfolge. Sie entdeckte Teile des Königsberger Archivs und Exponate des Prussia-Museums.

Margarita Zinič

Zwischen den Zonen

Restitution von Kulturgut an Rußland

Das Kulturgut, das Rußland im Krieg gegen NS-Deutschland verloren hatte, war in großen Teilen unersetzlich. Eine Kompensation sollte die sowjetischen Restitutionsansprüche teilweise befriedigen. Experten erstellten Äquivalenzlisten mit deutschen Kunstwerken als Ersatz für verlorene rußländische Werke. Um Kulturgut aus Deutschland zurückzuerhalten, war die UdSSR auf die Kooperation mit den anderen Alliierten angewiesen. Nach Kriegsende wurden Erfolge beim Austausch zwischen den Besatzungszonen erzielt. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges wurde auch die Zusammenarbeit in Restitutionsfragen schwieriger.

Massimo Baistrocchi

Auf der Suche nach der verlorenen Kunst

Italien, die Restitution und Kulturgüter in Rußland

Noch während des Zweiten Weltkrieges wurden in Italien erste Organisationen gegründet, um illegal verlagerte Kulturwerke wiederzubeschaffen. Aus Deutschland wurden Hunderttausende Kunstwerke restituiert. Bis heute fehlen Kunstwerke, die bis zum Ende des Dritten Reiches in der italienischen Botschaft in Berlin waren. Eine Vermutung lautet, daß sie von der Roten Armee abtransportiert wurden und sich nun in Rußland befinden. Doch die Suche gestaltet sich schwierig. Rußland läßt es an Transparenz und an der Bereitschaft zu Kooperation mangeln.

Kristiane Janeke

(Ko-)Operation Kunst-Räume

Plädoyer für ein virtuelles „Beutekunst“-Museum

Das Problem der „kriegsbedingt verlagerten Kulturgüter“ belastet die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Dabei bietet sich eine bisher nicht beachtete Lösung des Konflikts an: die Einrichtung eines virtuellen „Beutekunst“-Museums. Der virtuelle Raum ermöglicht eine Zusammenführung der Objekte in ihren ursprünglichen Sammlungskontexten. Die Einbindung weiterführender Informationen macht den historischen Kontext greifbar und das virtuelle Museum zu einem Informationsraum des gemeinsamen kollektiven Gedächtnisses.